

Im Namen des

"konstruktiven" Engagements?

Einige hohe Kabinettsmitglieder, darunter der Außenminister, Luftwaffenmajor Prasong Soonsiri, der Generalsekretär der Demokratischen Partei, Generalmajor Sanan Kachornprasat, und Savit Bhotiwihok, Minister im Premierministeramt, reisen in den kommenden Wochen nach Rangun, um gemeinsame Pläne für die Entwicklung des Energiesektors und für die Umleitung von Flüssen mit der herrschenden Militärjunta Burmas, dem Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), zu diskutieren.

Als Ergebnis wird die Unterzeichnung eines Memorandums der Verständigung (MoU) erwartet, in dem Thailands Kauf von Naturgas aus dem Gasvorkommen im Golf von Martaban geregelt wird. Das Vorkommen wird zur Zeit von den multinationalen Ölgesellschaften Total CFP (Frankreich) und Unocal GmbH (USA) erschlossen.

Diese Projekte sind offensichtlich ein wesentlicher Bestandteil der Politik des "constructive engagement", die ASEAN gegenüber dem SLORC verfolgt.

Probleme greifen ineinander

Man kommt nicht umhin, auf ein paar Punkte hinzuweisen und einige Fragen zu stellen, die die Gaspipeline betreffen, aber ebenso die Waffenstillstände, die derzeit zwischen dem SLORC und den ethnischen Gruppen diskutiert werden, Sicherheitsfragen, die Repatriierung und Umsiedlung von Flüchtlingen sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Dorfbevölkerung in der Gegend zwischen Ye und Tavoy, durch die die Gaspipeline führen wird.

All diese Fragen hängen sehr eng zusammen; wobei es einigen der Beteiligten lieber wäre, wenn andere das nicht als Tatsache erkennen würden.

In den letzten beiden Monaten sind die meisten der 8.000 geduldeten Mon-Flüchtlinge, die in Thailand während der vergangenen drei bis vier Jahre Zuflucht gesucht hatten, von den thailändischen Behörden gezwungen worden, an einen Platz namens Halaukhani umzusiedeln. Dieser Ort ist nur zwölf Kilometer von einem größeren Armeestützpunkt des SLORC entfernt und liegt sogar noch näher an der Front der Junta, wo schwere Waffen in Stellung gebracht worden sind.

Grenzziehung nach Belieben?

Die Mon, die Karen und viele andere beharren darauf, das Gebiet, in das die

Flüchtlinge geschickt worden sind, befinde sich klar innerhalb Burmas. Diese Behauptung wird von allen Landkarten bestätigt – mit Ausnahme einiger neuer thailändischer Karten. Einige Mitarbeiter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) haben gesagt, daß sich der Ort im "Niemandesland" an einer "sehr fließenden" Grenze befinde, wohingegen andere die thailändische Behauptung akzeptiert haben, es handele sich um thailändisches Gebiet. (Übrigens sagen UNHCR-Mitarbeiter, daß der ideale Sicherheitsabstand für ein Flüchtlingslager in rund 50 Kilometer Entfernung von der Grenze liege.)

Die thailändischen Behörden haben sich laut Informationsquellen vor Ort widersprüchlich im Hinblick auf ihren Anspruch verhalten, daß der Ort auf thailändischem Territorium liege, obwohl sie gegenwärtig darauf bestehen. Wie dem auch sei, der Ort bietet keinerlei Schutz vor Angriffen, und zahlreiche Zeitungsberichte spiegeln den Unwillen der Mon-Flüchtlinge und ihrer Führer wider, dort hinzuziehen. Die Mon haben praktisch sämtliche Medien genutzt, zu denen sie Zugang haben, um ihre Besorgnis klarzumachen, daß Halaukhani nicht sicher ist. Es ist neben anderen Einschüchterungsversuchen angeblich sogar zu Todesdrohungen gekommen, zu denen sich aber niemand offen bekannt hat.

Im Zusammenhang mit der nach ihrer Überzeugung erzwungenen Repatriierung haben die Mon außerdem ihre Ansicht deutlich gemacht, "daß sie gezwungen werden, einem Waffenstillstand zuzustimmen, damit die (Naturgas-)Pipeline" durch Mon-Gebiet "gebaut werden kann".

Die erzwungene Repatriierung in ein Gebiet, in dem die Flüchtlinge gewissermaßen so verwundbar sind wie Geiseln, ist ganz klar ein Weg für die thailändischen Behörden, Druck auf die Führer der Mon auszuüben, damit sie Waffenstillstandsverhandlungen mit dem bekanntermaßen tückischen SLORC aufnehmen.

Die zweite Gesprächsrunde zwischen der New Mon State Party (NMSPP) und dem SLORC begann Mitte März, kurz nachdem in den Nachrichten berichtet worden war, der SLORC habe zwei Bataillone aufgestellt, die offensichtlich einen Angriff auf das Hauptquartier der Mon in Baho vorbereitet.

Die Gespräche sind nun abgebrochen worden – und die Führungsriege der Mon hat Grund genug, sich um das Wohler-

gehen ihrer Angehörigen Sorge zu machen, insbesondere um die fast schutzlosen Flüchtlinge in Halaukhani.

Zwangsarbeit

Die Gaspipeline gibt aber einen weiteren Grund zur Besorgnis, der sich aus ihrer Verbindung zur Eisenbahn zwischen Ye und Tavoy ergibt. Zwischen 10.000 und 30.000 Menschen, die in den Dörfern in der Nähe der geplanten Pipeline leben, werden unter entsetzlichen Bedingungen zu Arbeiten an der Eisenbahnstrecke gezwungen. Die Aussagen von Menschen, die den Arbeitskolonnen entflohen sind, gegenüber Journalisten und Mitarbeitern von Hilfsorganisationen stimmen buchstäblich mit Hunderten von Menschenrechts-Interviews, die seit der Machtübernahme des SLORC entlang der Grenze durchgeführt worden sind, überein. Diese Berichte bestätigen, daß Bedingungen weitverbreitet sind, die schlimmer sind als Sklavenarbeit.

Die Dorfbewohner, die von frühmorgens bis nachts zur Arbeit gezwungen werden, müssen sich vollständig selbst versorgen – sei es mit Nahrung, mit Medikamenten oder mit einer Unterkunft. Sie müssen außerdem bei der Arbeit für den SLORC ihre eigenen Werkzeuge stellen. Beamte des SLORC streiten natürlich vehement ab, daß es unter ihrer Regierung zu irgendwelchen Menschenrechtsverletzungen kommt. Sie behaupten auch, alle Arbeiter würden bezahlt. Dagegen berichten diejenigen, die dem Eisenbahnbau entflohen sind, ebenso wie einige Deserteure des SLORC einmütig, daß die Arbeiter nie bezahlt wurden. Das deckt sich mit Berichten von zahlreichen anderen Schauplätzen. Die Entflohenen erzählen von Schlägen, Vergewaltigungen, Toten durch Unfälle und unbehandelten Krankheiten – so im Fall eines Ausbruchs der Ruhr im Streckenabschnitt Natkyizin, von dem verschiedene Zeugen behaupten, er habe im Januar zu mehr als 50 Toten geführt – und von langen Stunden äußerst strapaziöser Arbeit.

Strategische Infrastruktur

Der SLORC hat einen militärischen Zweck der Eisenbahn bestritten und statt dessen den Anspruch erhoben, der Bau diene der nationalen Entwicklung und helfe der lokalen Bevölkerung. Trotz der Behauptungen von Ranguns Junta scheinen ihre Programme zur Entwicklung der Infrastruktur in dieser Region darauf abzuzielen, die Geschwindigkeit zu erhöhen, mit der eine ungewöhnlich große Anzahl von Truppeneinheiten, die in den vergangenen Jahren in diese Region verlegt worden sind, eingesetzt werden können. Selbst die Holzeinschlagskonzessionen, die der SLORC vergeben hat, haben dazu gedient, Zufahrtsmöglichkeiten in die abgelegensten

Bereiche an der Grenze zum Nutzen der Truppen des SLORC zu erschließen.

Die Eisenbahnstrecke, die den geplanten Verlauf der Pipeline in der Nähe eines Ortes namens Kanbaw kreuzt und die sieben bis zehn Kilometer östlich parallel zur Landstraße zwischen Ye und Tavoy verläuft, würde eine doppelte Barriere für die Armeeeinheiten der Mon und Karen darstellen, wenn sie von den Bergen Richtung Meer vorrücken würden. Einheiten, die zwischen den zwei Routen von schnellen Einsatztruppen gestellt würden, könnten leicht eingekreist und ausgelöscht werden. Des weiteren können weitreichende schwere Geschütze über diese Gleise bzw. diejenigen, die derzeit repariert werden, in das umstrittene Gebiet geschafft werden, durch das die Pipeline laufen wird. Diese Waffen würden es dem SLORC ermöglichen, selbst die entlegensten Stützpunkte der Streitkräfte der Karen und Mon zu bombardieren. (Dazu muß man sagen, daß in diesen Gebieten zahlreiche Zwangsvertriebene leben, die nicht nach Thailand fliehen wollten.)

Die Entwicklungsprogramme der Militärdiktatur in anderen Gegenden des Landes, in denen ethnische Minderheiten leben, haben dazu gedient, die Besetzung durch den SLORC zu festigen – das miliardenschwere Gasfeld- und Pipelineprogramm könnte man als starken Anreiz für den SLORC betrachten, sehr deutlich zu machen, daß er die Region sicher im Griff hat.

Weder Thailand noch die westlichen multinationalen Gesellschaften, die in das Projekt investieren, haben irgendeine Garantie, daß der SLORC nicht zu den extrem brutalen Methoden greifen wird, für die er berüchtigt ist, um die Gegend für ihr profitorientiertes Entwicklungsprogramm zu sichern.

Umsiedlung erleichtert Kontrolle

Es scheint ein Bestandteil des Sicherungsprozesses der Pipeline-Route zu sein, alle Anwohner aus den Bereichen in der Nähe der Route, die am anfälligsten für Angriffe sind, zu entfernen. Die Dorfbewohner, die früher in den Hügeln östlich der Straße lebten, die Ye und Tavoy verbindet, insbesondere die, die an der Wasserscheide des Flusses Zinba direkt zwischen Kaleinaung und Nat Ei Taung (Ban I Tong) lebten, sind zwangsweise in Umsiedlungsdörfern neben der Landstraße verlegt worden, wo sie von den Truppen des SLORC leichter kontrolliert werden können.

Von dort können sie auch sehr einfach zu Zwangsarbeitsdiensten herangezogen werden, zu Munitionstransporten, Diensten für die burmesischen Truppen in deren Lagern und zu Arbeiten an der Eisenbahn oder im Straßenbau. Die Ge-

biere, aus denen sie vertrieben worden sind, sind zu "schwarzen Gebieten" erklärt worden – zu freien Schießzonen für die Truppen des SLORC. Dies wird teilweise durch einen burmesischen Beamten bestätigt, der gesagt hat, "es gibt keine Leute mehr" vom Zinba bis nach Kaleinaung. Das wirft die Frage auf, was mit ihnen geschehen ist.

Die Dorfbewohner sind außer in die Umsiedlungsdörfer (die im Militärjargon "strategische Dörfer" oder "Cluster-Dörfer" genannt werden) auch nach Thailand gezogen. Als Flüchtlinge leben sie in Lagern wie Da Now See, Pa Yaw und Aung Tha Pyei. Hunderte von Menschen sind vor dem Eisenbahnbau in die relative Sicherheit Thailands geflüchtet, und man erwartet, daß noch viel mehr fliehen werden, um mörderischen zweiten oder dritten Arbeitseinsätzen zu entkommen.

Es gibt Berichte über sehr viel mehr Menschen, die ihre Heimat auf der Flucht vor der Sklavenarbeit verlassen haben und jetzt in den sogenannten befreiten Gebieten leben, die von der NMSP und der Karen National Union (KNU) kontrolliert werden. Dort werden sie vermutlich auch bleiben, bis Nahrungsmangel oder ein möglicher Angriff des SLORC sie über die Grenze treibt.

Täglich neue Flüchtlinge

Verlässliche lokale Quellen berichten, daß täglich im Durchschnitt zwanzig neue Asylsuchende allein über zwei der vielen möglichen Routen nach Thailand kommen. Es ist schwer zu sagen, wie viele tatsächlich bereits die Grenze überschritten haben, da die meisten versuchen, im thailändischen Inland zu den Tausenden von illegalen Arbeitern zu stoßen, denen es besser zu gehen scheint als den Menschen an der Grenze, die eine zwangsweise Repatriierung fürchten. Offensichtlich gibt es keine Garantie, daß die Menschen in den Lagern nicht über die Grenze zurückgetrieben werden, besonders nach den Beispielen von Halaukhani und der jüngsten Abschiebung von Menschen in Pailin an der kambodschanischen Grenze.

Für die, die neu an der Grenze ankommen und Zuflucht in den Lagern suchen, bedeutet das ein großes Unsicherheitsgefühl, denn sie können weder davon ausgehen,

daß sie den Flüchtlingsstatus beantragen dürfen, noch daß sie in den Lagern bleiben können. Bisher wurde die Zahl der Flüchtlinge, die in den Flüchtlingslagern bleiben dürfen, von den Thais festgesetzt.

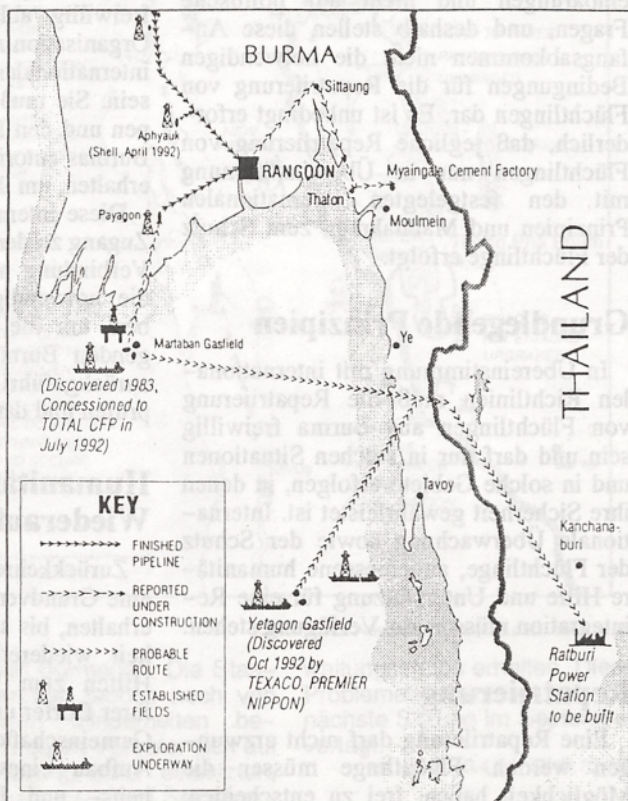
Thailands Flüchtlingspolitik, wenn man überhaupt von einer solchen sprechen kann, scheint darin zu bestehen, jedes Gefühl der Sicherheit auf thailändischem Boden bei den Flüchtlingen zu unterbinden, so daß sie die erstbeste Gelegenheit zur Heimkehr nutzen – selbst wenn eine Rückkehr noch keine Sicherheit bietet.

Die thailändischen Führer sind es ihrem eigenen Volk schuldig, keine Abmachungen zu treffen, die für ihre Nation ein ernsthaftes negatives Nachspiel haben könnten. In der Vergangenheit haben die persönlichen Interessen der führenden Politiker oft vor nationalen Interessen rangiert und gewiß vor den Interessen der indigenen Völker und der Umwelt, mit dem Ergebnis, daß Leben, Kulturen, nationale Ökonomien und die Umwelt zerstört werden konnten.

Green November 32

Green November 32 ist eine burmesische Nicht-Regierungsorganisation, die ihr Hauptaugenmerk auf humanitäre und ökologische Fragen richtet. Wir haben den Text in der Version übernommen, die am 11. April in der Bangkokener Tageszeitung "The Nation" erschienen ist. Übersetzung aus dem Englischen von Silvia Feist.

1992-1994: Gasfeldkonzessionen in Burma



Karte: Green November 32